

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit,
Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Im Rahmen des Artikels 34 Absatz 1 Nr. 26 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung versteht man unter:

1. "Krankenhaus": ein Krankenhaus, das über ein Pflegeprogramm "Reproduktionsmedizin" verfügt, wie in Artikel 2 § 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Februar 1999 zur Festlegung der in Artikel 9ter des am 7. August 1987 koordinierten Gesetzes über die Krankenhäuser erwähnten Liste der Pflegeprogramme und zur Angabe der auf diese Pflegeprogramme anwendbaren Artikel des Gesetzes über die Krankenhäuser erwähnt,

2. "an das Krankenhaus gebundener Gynäkologe": den in den Artikeln 8, 9, 18 und 19 des Königlichen Erlasses vom 15. Februar 1999 zur Festlegung der Normen, denen die Pflegeprogramme "Reproduktionsmedizin" entsprechen müssen, um zugelassen zu werden, erwähnten Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe,

3. "dem Krankenhaus angeschlossener Gynäkologe": den Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe, der nicht die in Nr. 1 erwähnte Eigenschaft besitzt und der mit dem Krankenhaus ein Anschlussabkommen für die Durchführung von Behandlungen von Fertilitätsstörungen (ausgenommen In-vitro-Fertilisation) schließt. Der für die Volksgesundheit zuständige Minister erstellt nach der Stellungnahme des in Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 15. Februar 1999 über die qualitative Bewertung der medizinischen Aktivität in Krankenhäusern erwähnten Ärztekollegiums ein Musterabkommen, in dem die Verpflichtung des Gynäkologen, der dem Krankenhaus angeschlossen ist, vorgesehen ist, an der Datenerfassung teilzunehmen, die Richtlinien des Krankenhauses und des Ärztekollegiums für die Durchführung von Behandlungen zu befolgen und den gesamten Behandlungszyklus in einem einzigen Krankenhaus auszuführen. Im Musterabkommen sind ebenfalls die Verpflichtungen vorgesehen, die dem Krankenhaus obliegen. Jedes Krankenhaus ist dazu verpflichtet, ein Anschlussabkommen mit einem Gynäkologen zu schließen, mit dem er sich verpflichtet, dieses einzuhalten. Das auf 5 Jahre abgeschlossene Anschlussabkommen kann nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten gekündigt werden. Ein Gynäkologe kann mit mehreren Krankenhäusern Anschlussabkommen schließen.

Art. 2 - Das Anschlussabkommen, das zwischen einem Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe und einem Krankenhaus geschlossen wird, und die Liste der angeschlossenen Gynäkologen werden dem Dienst für medizinische Evaluation und Kontrolle des Landesinstituts für Kranken- und Invalidenversicherung zur Verfügung gestellt.

Art. 3 - Unser Minister der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Châteauneuf-de-Grasse, den 15. September 2006

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit
R. DEMOTTE

RIJKSINSTITUUT
VOOR ZIEKTE- EN INVALIDITEITSVERZEKERING

[C - 2022/33836]

26 FEBRUARI 2014. — Koninklijk besluit tot uitvoering van de wet van 29 januari 2014 houdende bepalingen inzake de sociale identiteitskaart en de ISI+-kaart. — Officiële coördinatie in het Duits van uittreksels

De hierna volgende tekst is de officiële coördinatie in het Duits van de artikelen 1 tot 6 en 16 tot 18 van het koninklijk besluit van 26 februari 2014 tot uitvoering van de wet van 29 januari 2014 houdende bepalingen inzake de sociale identiteitskaart en de ISI+-kaart (*Belgisch Staatsblad* van 7 maart 2014), zoals ze werden gewijzigd bij het koninklijk besluit van 7 maart 2016 tot wijziging van het koninklijk besluit van 26 februari 2014 tot uitvoering van de wet van 29 januari 2014 houdende bepalingen inzake de sociale identiteitskaart en de ISI+-kaart (*Belgisch Staatsblad* van 21 maart 2016).

Deze officiële coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

INSTITUT NATIONAL
D'ASSURANCE MALADIE-INVALIDITÉ

[C - 2022/33836]

26 FEVRIER 2014. — Arrêté royal exécutant la loi du 29 janvier 2014 portant des dispositions relatives à la carte d'identité sociale et la carte ISI+. — Coordination officielle en langue allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la coordination officielle en langue allemande des articles 1 à 6 et 16 à 18 de l'arrêté royal du 26 février 2014 exécutant la loi du 29 janvier 2014 portant des dispositions relatives à la carte d'identité sociale et la carte ISI+ (*Moniteur belge* du 7 mars 2014), tels qu'ils ont été modifiés par l'arrêté royal du 7 mars 2016 modifiant l'arrêté royal du 26 février 2014 exécutant la loi du 29 janvier 2014 portant des dispositions relatives à la carte d'identité sociale et la carte ISI+ (*Moniteur belge* du 21 mars 2016).

Cette coordination officielle en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

LANDESINSTITUT FÜR KRANKEN- UND INVALIDENVERSICHERUNG

[C - 2022/33836]

26. FEBRUAR 2014 — Königlicher Erlass zur Ausführung des Gesetzes vom 29. Januar 2014 zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf den Sozialausweis und die ISI+-Karte — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache von Auszügen

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache der Artikel 1 bis 6 und 16 bis 18 des Königlichen Erlasses vom 26. Februar 2014 zur Ausführung des Gesetzes vom 29. Januar 2014 zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf den Sozialausweis und die ISI+-Karte, so wie sie durch den Königlichen Erlass vom 7. März 2016 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 26. Februar 2014 zur Ausführung des Gesetzes vom 29. Januar 2014 zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf den Sozialausweis und die ISI+-Karte abgeändert worden sind.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

**FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES
UND FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST SOZIALE SICHERHEIT**

**26. FEBRUAR 2014 — Königlicher Erlass zur Ausführung des Gesetzes vom 29. Januar 2014
zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf den Sozialausweis und die ISI+-Karte**

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. "Nationalregister": das Nationalregister der natürlichen Personen, eingeführt durch das Gesetz vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen,
2. "Erkennungsnummer der sozialen Sicherheit": die Erkennungsnummer des Nationalregisters, wenn es sich um einen Sozialversicherten handelt, der im vorerwähnten Nationalregister aufgenommen ist, oder, in deren Ermangelung, die Erkennungsnummer, die auf die vom König festgelegte Weise in Ausführung des Artikels 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit zugeteilt wird,
3. "Register der Zentralen Datenbank": die Datenbank, die von der Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit in Anwendung von Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit verwaltet wird.

Art. 2 - § 1 - Die ISI+-Karte enthält folgende Angaben:

1. Personalien aus dem Nationalregister oder den Registern der Zentralen Datenbank, das heißt: Erkennungsnummer der sozialen Sicherheit, Name, Vornamen, Geburtsdatum und Geschlecht,
2. Angaben zur Karte: das Datum des Beginns der Gültigkeit, das Datum des Endes der Gültigkeit, die einmalige Erkennungsnummer der Karte und die spezifischen Elemente in Bezug auf die Sicherheit.

§ 2 - Die in § 1 erwähnten Angaben können insbesondere mittels der Barcodes eingesehen werden.

§ 3 - Das Format dieser Karte entspricht dem des in Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 25. März 2003 über die Personalausweise erwähnten elektronischen Personalausweises.

Art. 3 - Die Versicherungsträger prüfen bei der Ausstellung der ISI+-Karte vorab, ob die in Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Januar 2014 zur Festlegung von Bestimmungen in Bezug auf den Sozialausweis und die ISI+-Karte erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Art. 4 - In keinem Fall darf ein Sozialversicherter Inhaber von mehr als einer gültigen ISI+-Karte sein.

Art. 5 - § 1 - Wenn ein Versicherungsträger von der Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit darüber informiert wird, dass eine oder mehrere der in Artikel 2 erwähnten Angaben geändert wurden, teilt er dem Sozialversicherten mit, dass die ISI+-Karte ersetzt werden muss.

§ 2 - Wenn der Sozialversicherte die Beschädigung, den Diebstahl oder den Verlust der ISI+-Karte feststellt, benachrichtigt er den Versicherungsträger, dem er angehört.

Art. 6 - § 1 - Bis zur Ausstellung der neuen ISI+-Karte händigt der Versicherungsträger den in Artikel 5 § 2 erwähnten Sozialversicherten so schnell wie möglich eine Sozialversicherungsbescheinigung aus, die dieselben Angaben enthält, die auch auf der ISI+-Karte enthalten sein müssen.

Die Gültigkeitsdauer der Sozialversicherungsbescheinigung beträgt zwei Monate ab ihrer Aushändigung.

§ 2 - Der Versicherungsträger händigt den Sozialversicherten, die sich in einer interessierenden sozialen Lage befinden, die auf der Grundlage der vom Dienst für verwaltungstechnische Kontrolle des Landesinstituts für Kranken- und Invalidenversicherung festgelegten Modalitäten als solche anerkannt wird, so schnell wie möglich eine Sozialversicherungsbescheinigung aus, die dieselben Angaben enthält, die auch auf der ISI+-Karte enthalten sein müssen.

Für Sozialversicherte, die sich in einer interessierenden sozialen Lage befinden, wird die Gültigkeitsdauer der Sozialversicherungsbescheinigung auf sechs Monate festgelegt.

§ 3 - Der Versicherungsträger informiert die Zentrale Datenbank der sozialen Sicherheit unverzüglich über die Meldung der Beschädigung, des Diebstahls oder des Verlusts einer ISI+-Karte.

§ 4 - Der Versicherungsträger ist verpflichtet, eine Vergütung von 2,50 Euro für die Ersetzung einer beschädigten, gestohlenen oder verlorenen ISI+-Karte zu erheben.

(...)

Art. 16 - Gültige Sozialausweise, die aufgrund der vorerwähnten Königlichen Erlasse vom 19. Juni 1997, 13. Februar 1998 und 22. Februar 1998 und des vorerwähnten Ministeriellen Erlasses vom 10. Dezember 1998 ausgestellt wurden, bleiben bis zum [31. Dezember 2016] gemäß den bestehenden Modalitäten zu Identifizierungszwecken gültig. [Art. 16 abgeändert durch Art. 1 des K.E. vom 7. März 2016 (B.S. vom 21. März 2016)]

Art. 17 - Vorliegender Erlass wird wirksam mit 1. Januar 2014.

Art. 18 - Die für Inneres zuständige Ministerin und die für Soziale Angelegenheiten zuständige Ministerin sind, jede für ihren Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST VOLKSGEZONDHEID,
VEILIGHEID VAN DE VOEDSELKETEN
EN LEEFMILIEU

[C - 2022/33851]

2 FEBRUARI 2021. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 14 januari 2002 betreffende de kwaliteit van voor menselijke consumptie bestemd water dat in voedingsmiddeleninrichtingen verpakt wordt of dat voor de fabricage en/of het in de handel brengen van voedingsmiddelen wordt gebruikt. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 2 februari 2021 tot wijziging van het koninklijk besluit van 14 januari 2002 betreffende de kwaliteit van voor menselijke consumptie bestemd water dat in voedingsmiddeleninrichtingen verpakt wordt of dat voor de fabricage en/of het in de handel brengen van voedingsmiddelen wordt gebruikt (*Belgisch Staatsblad* van 12 maart 2021).

SERVICE PUBLIC FEDERAL SANTE PUBLIQUE,
SECURITE DE LA CHAINE ALIMENTAIRE
ET ENVIRONNEMENT

[C - 2022/33851]

2 FEVRIER 2021. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 14 janvier 2002 relatif à la qualité des eaux destinées à la consommation humaine qui sont conditionnées ou qui sont utilisées dans les établissements alimentaires pour la fabrication et/ou la mise dans le commerce de denrées alimentaires. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 2 février 2021 modifiant l'arrêté royal du 14 janvier 2002 relatif à la qualité des eaux destinées à la consommation humaine qui sont conditionnées ou qui sont utilisées dans les établissements alimentaires pour la fabrication et/ou la mise dans le commerce de denrées alimentaires (*Moniteur belge* du 12 mars 2021).